

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Einzelnummer 20 Pf. — Durch Aufträge oder durch die Post: monatlich 1,60 RM,  
vierteljährlich 4,50 RM. Preis im Haus.

Postfach 20, 22885  
„Sozialistischer Verlag“, o. G. m. b. H., Breslau.

Anzeigenpreise: Die Spaltenkolonne ober deren Raum 1 25 RM, andernfalls 1,00 RM.  
Wochen- und Monatsanzeigen, Familienanzeigen, Briefkasten- und Besondere Anzeigen 0,50 RM.  
Reklame: Die Reklamezeile, dreispalten ober deren Raum: 1000 200 200.

## Die erste Tat der neuen Regierung.

### Unheilbare Verblendung!

#### Ultimatum der Regierung an die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets.

Die Reichsregierung hat an die Aufständischen im Rheinisch-westfälischen Kohlenrevier folgende Forderungen gestellt:

Die Regierung hat durch „die Bielefelder Verhandlungen“ versucht, ohne Anwendung von Gewalt die Ruhe und Ordnung im Ruhrgebiet wieder herzustellen. Der Versuch ist gescheitert. Die Rote Armee hat sich nicht danach gerichtet. Die Angriffe auf Wesel sind mit größter Festigkeit fortgesetzt worden. Die Gefangenen wurden nicht freigelassen, die Abgabe der Waffen nicht durchgeführt. Die Verhältnisse haben sich im Gegenteil noch verschlechtert. Zahlreiche Mordtaten aus allen Kreisen der Bevölkerung berichten über Verbrechen und Gewalttätigkeiten, die von den Roten Truppen begangen wurden. Das zwingt die Regierung zu energischem Handeln, um möglichst bald wieder geordnete Verhältnisse in diesem Gebiet wieder herzustellen und die Bevölkerung vor Willkürakten zu schützen. Um aber nochmals allen Verführten Gelegenheit zu geben, zur Vernunft zurückzukehren, will die Regierung noch eine letzte Frist gewähren, ehe sie mit Waffengewalt einschreitet. Sie fordert daher bis zum 30. März 1920, 12 Uhr mittags, eine ausreichende Sicherheit für den Militärbefehlshaber des Wehrkreises VI, Generalleutnant v. Watter in Münster, für die Annahme und Durchführung folgender Bedingungen:

1. Uneingeschränkte Anerkennung der verfassungsmäßigen Staatsautorität.
2. Wiedereinsetzung der staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsorgane, soweit sie nicht durch Eintreten für die Rapp-Lüttwiz-Regierung belastet sind.
3. Sofortige Auflösung der Roten Armee.
4. Völlige Entwaffnung der gesamten Bevölkerung einschließlich der Einwohnermehren unter Aufsicht der rechtlichen staatlichen Organe. Die Art und Zeit der Entwaffnung wird durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt näher bestimmt werden.
5. Sofortige Freigabe der Gefangenen.

Falls diese Bedingungen angenommen werden, wird die Reichsregierung von einem Angriff absehen, andernfalls erhält der Inhaber der vollziehenden Gewalt Freiheit des Handelns zur völligen Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände.

Die Reichsregierung.

Der Reichskanzler: gez. Müller.

Der Reichswehrminister: gez. Geßler.

Die „zahlreiche“ Notstände der Bevölkerung erlösen aus den Reihen der Rappverbrecher. Die „Verbrechen“ und „Gewalttätigkeiten“ befehlen in den durch die wirtschaftliche Notlage erzwungenen Maßnahmen zur gerechten Verteilung der vorhandenen Lebensmittel. Selbst ein großer Teil der bürgerlichen Presse des angrenzenden besetzten Gebiets erkennt, soweit sie direkte Verbindung mit dem Ruhrrevier hat, die korrekte Haltung der Freiheitskämpfer an.

Dagegen hat die Regierung fast alle Freikorps, Zeitfreiwilligenformationen und sogar Teile der Marinebrigaden gegen das Ruhrrevier eingesetzt. Der herabwürdigte Generalleutnant von Watter ist noch immer Militärbefehlshaber für den 6. Wehrkreis. Sichtlich kam es bei allen Verhandlungen der Regierung nur darauf an, Zeit zur Konzentration der eben noch re-

gierungsfeindlichen Truppen zu gewinnen. Gelingt es, die sofortige Auflösung der Roten Armee und die völlige Entwaffnung der gesamten Bevölkerung zu erreichen, dann ist Ludendorff am Ziel. Dann ist jeder Widerstand gegen die reaktionäre Soldateska gebrochen. Dann ist die Verfassung wieder der Fetzen Papier, den jeder volksfeindliche Freikorpsführer zerreißen kann, sobald er Lust hat. Dann triumphiert der weiße Terror, dann ist ein zweites Ungarn höchste Wahrscheinlichkeit.

—h. Obgleich der Gesetzentwurf über die Aburteilung der Hochverräter jede vernünftige Regelung der Zusammensetzung der Gerichte umgeht, trug die Schnelligkeit, mit der die alte Regierung den Entwurf herausbrachte, und der Umstand, daß die immer noch existierende Militärgerichtsbarkeit ausgeschaltet werden sollte, einen Strahl von Zuversicht in die Herzen der Arbeiterschaft. Man konnte hoffen, daß mit der bisher beliebten Methode des Weiterwurfs gebrochen werden sollte, und daß auf die Loyalität der Oberbauern-Regierung und auf die Untatenherrschaft der „Rappuziner“ endlich eine Regierung der Tat folgen würde. Das große Rätsel, das in Berlin in der letzten Woche gestellt wurde, berührt uns nur von der komischen Seite, denn bei der Wichtigkeit der innerpolitischen Vorgänge die Bildung eines neuen Kabinetts für Personenfrage umzubiegen ist ein Rätsel und ein schlechter Witz. Was bei einer solchen leichtfertigen Behandlung der Dinge herauskommt, ist klar: ein Koalitionsministerium, das — genau wie das alte — den Einforderungen des Militärs erliegt und in einem erbitterten Bolschewismus die einzige Gefahr sieht.

Es kommt weniger darauf an, wer regiert, sondern wie regiert wird.

Da ist gleich die erste Amtshandlung des „Sozialisten“ Müller und des Demokraten Dr. Geßler, der in der Tat als Wachmeisterhahn des Kasernenton gut in Erinnerung behalten hat, so recht dazu angeht, die letzten Hoffnungen auf und die in der Arbeiterschaft etwa vorhandenen Sympathien für das neue Ministerium zu zerstreuen. Wir meinen das Ultimatum, das uns für Freiheit und Recht streitenden Brüdern im Ruhrrevier gestellt worden ist. Das Bielefelder Abkommen ignorieren einfach die neuen Männer in Berlin. Lange wird es nicht dauern, und auch das Aktienstück, in dem die Bedingungen niedergelegt sind, unter denen sich der Gewerkschaftsbund zum Abbruch des Generalstreiks bereit erklärt, ist ein Fetzen Papier.

Wie aus dem Telegramm des hiesigen Vollzugsrats an die Regierung, das wir gestern durch Fernblatt bekanntgaben, hervorgeht, sehen wir mit unserer Ansicht nicht allein: „Der Vollzugsrat mißbilligt auf das schärfste die Stellung des Ultimatums an die Bergarbeiterschaft seitens der Regierung und verlangt die sofortige Zurückziehung desselben.“

So selbstverständlich diese Forderung ist, so begrüßen wir die Stellungnahme des hiesigen Vollzugsrats aufs freudigste als erste verheißungsvolle Lebensregung. Trotzdem kann dieser Protest nur als halbe Maßnahme angesehen werden; denn das Richtige wäre ein sofortiger Aufruf zum Generalstreik, den die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands noch eumütiger und schärfer als je zuvor zu führen bereit ist.

Auf einem groben Klotz gehört ein grober Keil!

### Mordheze.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bemüht sich bereits wieder krampfhaft, dem Schreckgespenst des Bolschewismus zu fröhlicher Auflebung zu verhelfen. Sie läßt sich aus Münster in Westfalen brähen, nicht nur, daß mit dem Vormarsch der „Roten Armee“ im Ruhrgebiet ein Angriff der russischen Bolschewisten auf Polen erfolgen sollte, sondern das Trostgedenke, im Juli vor den Toren Berlins zu stehen. Zugleich wird in der Drahtmeldung eine Schreckensnachricht des „Münsterischen Anzeigers“ wiedergegeben; nach dem Berichte aus dem Kampfgebiete „bestätigen“, der Kern der „Roten Armee“ bestehe aus Ausländern. Natürlich sind die schrecklichen russischen Bolschewisten gemeint. Die einheimischen Arbeiter seien nicht die fanatischen Frontkämpfer wie die ausländischen und von Ausländern geführten Elemente. Auch deutsche Offiziere sollen an ihrer Spitze stehen. So der Hauptmann v. Beerfelde und der frühere Generalstabsoffizier Hauptmann Weidke, ein Bruder des bekannten Kampffliegers. Wozu dieser aufgelegte Schwindel des Regierungsorgans? Man will aufs neue die Resonanz schaffen, für eine Massenabschlachtung, wie man sie in Deutschland im vorjährigen März erleben mußte. Sollten die Mitglieder der Regierung, die bis zur Umbildung des Kabinetts die Geschäfte weiterführen, an dieser wilden Heze so ganz unbeteiligt sein? Jedenfalls hat die Arbeiterschaft aber alle Ursache, diesen Machenschaften aufmerksam auf die Finger zu sehen. Denn von jener Seite hat sie soviel blutige Ueberraschungen erleben müssen, daß ihr auch eine Neuaufgabe der Abschlachtung zuzutrauen ist, selbst gegenüber denen, die den durch die wahnwitzige Regierungspolitik verursachten Anschlag der Rapp und Lüttwiz mit ihren eigenen Leibern in Tod und Verderben abgewehrt haben.

### Lügner und Schwindler.

Bekanntlich wird in der arbeiterfeindlichen Presse behauptet, die von den Arbeitern im Ruhrgebiet gefangenen Soldaten der Rapp-Lüttwiz-Formationen und Reichswehr seien beschimpft und mißhandelt worden. Was es damit auf sich hat, lehrt ein in unserem Bruderorgan, der „Volksstimme“ in Hagen, veröffentlichter Brief von gefangenen Unteroffizieren und Mannschaften des Freikorps Lichtschlag.

Es heißt darin:

„Wir bemerken ausdrücklich, daß auch die unläufigen Behauptungen, wir seien nach unserer Woffenstreckung durch die Arbeitergruppen scheinlich behandelt und mißhandelt worden, un wahr sind, daß jede gegenteilige Behauptung auf keiner Mitteilung der Soldaten beruhen kann.“

Ferner beschwerten sich die Leute über ihre Offiziere, die ihnen lügnerische Darstellungen von dem Zweck ihres Einsetzens gegen die Arbeiterschaft gegeben hätten. Sie schreiben:

„... Und wurde gesagt, wir seien neutral und sollten nur da eingreifen, wo geraubt und geplündert werde. Als wir in Herbede die Bestätigung unserer Bestimmung erfuhren, haben wir dem Hauptmann Lange den Gehörtsamen verweigert und auf eine Verteidigung des Kampfes verzichtet. Auch ist das Feuern in der vorderen Linie auf eigene Faust eingestellt worden.“

Nach unserer Informierung müssen wir feststellen, daß wir von unseren vorgezogenen Offizieren in größtmöglicher Weise hinter das Licht geführt worden sind. Wir haben keine re-

revolutionäre Gesinnung und hätten uns niemals wesentlich zu konterrevolutionären Zwecken mißbrauchen lassen. ...“

Daß die Militärs vom altpreußischen Schlagen können, daß sich die Balken biegen, haben sie bereits im Kriege bewiesen. Was sie freilich während der Rapptage auf diesem Gebiete geleistet haben, geht auf keine Ruhhaut und läßt daher die Beschwerden der genasführten Militärlieber des Korps Lichtschlag glaubhaft erscheinen. Nationalismus und Lügenheke entspringen immer derselben Wurzel und sind voneinander abhängig in ihrem Bestande und ihren Erfolgen!

### Dr. Koebisch Reichskommissar von Schlessien.

An Herrn Dr. Koebisch, Breslau, Oberpräsidium.

Der Herr Reichspräsident hat Sie beauftragt und bevollmächtigt, als Reichskommissar in Breslau und den unbesetzten Teilen von Schlessien die infolge der Staatsstreichsbewegung geschaffene Lage zu prüfen und auf die Durchführung geordneter verfassungsmäßiger Verhältnisse hinzuwirken. Insbesondere sind Sie ermächtigt:

1. zu prüfen und zu entscheiden, welche Personen des Heeres aus Anlaß der letzten Ereignisse vorläufig in Haft zu behalten oder daraus zu entlassen sind;
2. die Namen derjenigen Personen zu bezeichnen, deren Entlassung oder sonstige disziplinarische Verfolgung sich empfiehlt, weil sie an der hochverräterischen Bewegung als Führer, Verführer oder Aufseher aktiv teilgenommen haben;
3. die vorläufige Enthebung der benannten Personen zu beantragen.

Sämtliche militärischen Stellen werden angewiesen, den von dem Kommissar im Rahmen seiner Aufgabe ausgesprochenen Ersuchen Folge zu leisten. Alle übrigen Behörden werden ersucht und alle Organisationen, Verbände und anderen Stellen aufgefordert, ihm jede nötige Unterstützung zu gewähren.

Die Vollmacht wird Ihnen durch den Herrn Oberpräsidenten in Breslau ausgehändigt werden.

Berlin, 27. März 1920.

Reichskanzler Bauer.

### Unzureichende Vollmacht.

In der gestern am Montag, den 29. März, gemeinsam stattgefundenen Sitzung des Vollzugsrats, sowie der Vorstände der Gewerkschaften, erklärten die Anwesenden, daß sie mit dem Anfang der dem als Reichskommissar ernannten Dr. Köbisch erteilten Vollmachten nicht einverstanden sind und diese für gänzlich unzureichend hält. Die Versammelten fordern, daß dem Reichskommissar unbedingt Befugnisse und Machtmittel in weitgehendem Maße zugesprochen werden, z. B. Ueberordnung über das Generalkommando. Sollten die maßgebenden Stellen dieses Ersuchen ablehnen, so wird die geschlossene Arbeiterschaft durch Selbsthilfe ihr Ziel zu erreichen suchen und den verantwortlichen Stellen dafür alle Verantwortung überlassen, was durch die Zustände entstehen könnte.



# Die sozialistische Arbeiter-Regierung.

Die prachtvolle Einigkeit, die das gekatete wertfällige Volk Deutschlands im Kampfe gegen die militärische Reaktion der Kapp und Bülow zusammenfloss, ist wieder in die Brüche gegangen. Nach der Erledigung des Staatsstreiks durch den Generalstreik war das Ziel, für das sich ein Teil der deutschen Arbeiter- und Angehörten mit dem anderen verbunden hatte, erreicht. Für das Klassenbewußte revolutionäre Proletariat stand es von vornherein fest, daß es die Leiden und Opfer des Generalstreiks nicht nur auf sich nehmen konnte, um den Bauer-Obert wieder in den Sattel zu verheften. Es kämpfte zugleich auch um Garantien, die es ein für alle Mal vor der Wiederholung des Verbrechens vom 13. März schützte. Es kämpfte für die Auswirkung der sozialen Revolution. Seine nichtsozialistischen Kampfgenossen aber glaubten mit der Sicherung der formalen Demokratie und der Niederzwingung der Kapp-Bülow alles getan zu haben, was notwendig war, um Deutschland vor der Katastrophe zu retten.

Zwischen haben die Ereignisse der letzten Tage, insbesondere das erneute Machtüberwuchern der Militärs im Staate gezeigt, daß eine Regierung nach dem Muster derer vor dem 13. März nicht mehr möglich ist. Sie hat nicht mehr den moralischen und tatsächlichen Machtverhältnissen, die es einer Regierung allein ermöglicht, sich autoritär durchzusetzen. Es zeigt sich immer mehr, daß die Ereignisse seit dem 13. März, insbesondere aber der Generalstreik im Klassenbewußten Proletariat eine gewaltige Stärkung des Machtbewußtseins erzielt haben. Es wird unter keinen Umständen eine Rückkehr zu den Verhältnissen von vor dem 13. März geben. Eine Koalitions-Regierung, wie sie jetzt die Mehrheitsparteien der Nationalversammlung zusammengedrückt haben, wird daher auf schwerste Verstände im ganzen Lande stoßen. Sie wird imstande sein, der Diktatur im Lande zu setzen zu werden. Sie wird nicht imstande sein, da sie an die formalen Bestimmungen der Verfassung gebunden ist, die politisch einander widerstrebenden Kräfte im Reiche oder katastrophalen Zusammenstoßen zu bewahren. Sie wird nach wie vor den Einflüsterungen der Militärs unterliegen, die nach Mache am Proletariat schreiben, das sie durch den Generalstreik für einige Tage zu Boden zwang.

Es ist ganz selbstverständlich, daß gerade die bürgerlichen Mitglieder einer neuen Koalitionsregierung nur zu leicht den Wünschen der Generale, die schließlich letzten Endes auch ihren Interessen entsprechen, Folge leisten werden. In welcher Richtung aber diese gehen, zeigt sich schon jetzt im ganzen Lande. In der brutalsten Art und Weise werden Strafexpeditionen gegen die Arbeiterschaft ausgeführt, die sich mit Waffengewalt der Kapp-Bülow-Diktatur widersetzen und sie niederzulegen. Aus dem Reiche, aus Mittelsdeutschland und Thüringen, aus den Berliner Bezirken und den Szenen der militärischen Vergewaltigung der Arbeiterschaft gemeldet, die an Juristikarität dem schändlichsten Willen des unglaublichen weißen Schreckens nicht nachgeben. Und sie würden sich ins Unendliche vermehren, wenn nach dem Willen der Regierung die Arbeiterschaft überall dort, wo sie sich zurzeit im Besitze der tatsächlichen Macht befindet, nicht hinfällt und wieder der Obhut der militärischen Formationen des Kapp-Systems überlassen würde.

Das weiß die Arbeiterschaft im Mittel- und Westdeutschen, im Ruhrgebiet und in Sachsen überall dort, wo sie sich jetzt im Besitze von Waffen befindet und sich deshalb ihrer Kampfwaffen kann, ganz genau. Bevor sie sich erheben, verlangt sie daher zuverlässige Garantien dafür, daß sie nicht nach ihrer Ermordung, die die Reichsregierung verlangt, dem Willen der Militärs hilf- und schutzlos ausgeliefert wird. Die einzige Garantie, die der Arbeiterschaft gegeben werden kann, besteht aber nur in einer sozialistischen Arbeiterregierung. Sie allein ist im Stande, ohne Rücksicht auf bürgerliche Bedenken und popelne so mein alles auszuführen, was notwendig ist, um den Willen der Militärs zu verhindern. Denn sie allein hat Interesse an einer bestimmenden Reichsposition militärischer Gewalt im Staate, wie etwa die sozialistische Bourgeoisie. Sie allein ist im Stande, alle bewaffneten gegenrevolutionären Kräfte zu zerschlagen und durch bewaffnete Formationen der Arbeiter zum Schutze der Kapp- und Sicherheit zu erlegen. Sie allein aber auch nur kann die sozialistische Arbeiterregierung durchzuführen, die notwendig sind, um ein für allemal dem Proletariat den Einfluß im öffentlichen Leben zu gewährleisten, den es auf Grund seiner Stellung im Produktionsprozeß beanspruchen muß.

Die Tatsache, daß nur eine sozialistische Regierung die Lösung der Krise herbeiführen kann, in der wir uns jetzt in Deutschland befinden, bricht sich ebenfalls in der Arbeiterschaft mehr und mehr Bahn. Ohne das Entzweien aufzugeben, das Endziel der revolutionären Wirklichkeit des sozialistischen Staates, sieht sie ein, daß man, wie zu jedem Ziel, auch zu diesem, nur etappenweise herankommen kann. In diesen Tagen entscheidet sich, wer für die nächsten Monate in Deutschland herrschen soll. Die Bourgeoisie, die in immer schärfer werdendem Klassenkampfe sich mit aller Energie und allen Mitteln gegen das Proletariat wendet, muß im Selbsterhaltungsinteresse oder das Proletariat, das einzig und allein vom Willen geleitet wird, Freiheit und Menschenwürde für alle Volksgenossen zu schaffen. Nichts wäre daher törichter, als in dieser Situation den Weg über das Ziel zu vergessen. Das Proletariat muß sich eine neue Machtposition zur erfolgreichen Durchführung seines Kampfes schaffen. Diese besteht darin, daß es jetzt die Regierungsgewalt übernimmt und mit seinem Geiste durchdrängt.

Der Erkenntnis von der Notwendigkeit solchen Handelns hat sich auch die Generalversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins nicht verschlossen, die am 25. März zur augenblicklichen politischen Lage Stellung nahm. Für die Unabhängige Sozialdemokratie entwickelte Genosse Ernst Däumig, ihr Vorsitzender, den Gedanken einer sozialistischen Arbeiterregierung. Er betonte ausdrücklich, daß sie, die wir jetzt als einzig mögliche Lösung der Krise fordern, natürlich kein Ersatz sein könne für unser Endziel, den Sozialismus, v. w. durch die Diktatur des Proletariats, durch eine Räteregierung. Aber nicht tatsächliche Bedenken dürften jetzt ausschlaggebend sein. Weil im ganzen Reiche die Soldateska an Macht gewonnen habe und sie brutal gegen das Proletariat ausübe, sei es notwendig, jetzt zu tun, was sich tun lasse, nämlich die Macht des Klassenbewußten Proletariats durch eine sozialistische Regierung zur Auswirkung zu bringen.

Für die Reichszentrale der K. P. D. Schloß nach deren Vorsitzender, Dr. Paul Geoy, von inhaltlich Ernst Däumigs Ausführungen an. Widerspruch, der von der syndikalistisch-kommunistischen Richtung erhoben wurde, fand keinen Widerhall in der Versammlung, die sich vielmehr fast einstimmig auf den Boden der Ausführungen Däumigs und Geoy's stellte. Für den Fall, daß die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft keine Beachtung finden, und auch dieser Gedanke fand einstimmige Billigung, wird sie sich erneut um Kampfe gegen die wieder ausbrechende Reaktion im Generalstreik zusammenfinden müssen.

## Die Militärs wollen den Kampf gegen die Arbeiter!

Seit einigen Tagen werden von den Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten sowie von den beiden sozialistischen Parteien die größten Anstrengungen gemacht, dem Norden im Ruhrgebiet, Mitteldeutschland und in anderen Teilen des Reiches Einhalt zu gebieten. Es sind Vereinbarungen getroffen: sie werden nicht gehalten. Es wurden Kommissionen nach den Kampfgebieten geschickt, die berichten, daß überall, wo die Arbeiter das Heft in den Händen haben, Mache und maßergültige Ordnung herrschen. Zugleich werden die militärischen Operationen nicht eingestellt.

Am Freitag wurde nach vorausgegangenen Verhandlungen zwischen Vertretern des Gewerkschaftsbundes, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und der beiden sozialistischen Parteien eine Kommission zu dem Reichspräsidenten geschickt, um endlich die Einstellung der militärischen Operationen gegen die Arbeiter zu erwarten. Über was nicht anzutreffen. Es magie mit dem Reichswehrminister Geppert und dem Oberbefehlshaber von Schwaben verhandelt werden. Beide vertreten den Standpunkt, daß die militärische Maßnahme auf die einzelnen Arbeiterschaft überzugehen sei und wieder der Kriegsmacht noch eine andere Stelle etwas gegen ihre Anwesenheit zu unternehmen berechtigt sei. Hat der Reichspräsident habe die Macht, Halt zu gebieten. Dieser war aber, wie gesagt, nicht anzutreffen. Er hat verweigert, außer dem die Auffassung, daß man auch nicht noch einmal verhandeln könne. Es fällt ihm schwer, die bewaffneten Arbeiter als gleichberechtigte Macht anzuerkennen. Es kommt darauf an, die Staatsmacht wieder herzustellen. Die Anwesenheit militärischer Truppen würde dazu beitragen, die Arbeiter wieder zur Vernunft zu bringen. Eine der unwahrscheinlichen Einbeziehung erklärte rund und hat, er habe unter Mache die Handhabung des Kriegszustandes angedeutet; so wie unter Mache werde er jetzt weitergeführt.

Die Militärs wollen demnach unter allen Umständen den Kampf. Fortgesetzt wird be-

hauptet, die Arbeiter halten die getroffenen Vereinbarungen über Waffenstillstand nicht. In Wirklichkeit liegt die Sache umgekehrt. Überall räumen die Arbeiter getreu dem Abkommen die Stellungen und lösen ihre Formationen auf. Aber das Militär rückt, entgegen den getroffenen Vereinbarungen, unaufhaltsam nach. Auf Vorhaltungen über solche Vertragsbrüche antworteten sie mehrfach mit kaum verhaltenem Hohn: Die Truppe müsse in Bewegung bleiben. Von Waffenstillstand wisse man überhaupt nichts. Diese und ähnliche „Gründe“ müssen herhalten, die Truppenbewegungen zu „rechtfertigen“. Daß auf diesem Wege nicht zum Frieden, geschweige denn zu einer Lösung des gefährlichen Konfliktes zu gelangen ist, liegt klar auf der Hand. Die Verantwortung für das, was folgt, trägt die Regierung, die statt mit Entschlossenheit vorzugehen, die Militärs schalten und walten läßt. Es steht ganz so aus, als wolle sie schließlich den Dingen ihren Lauf lassen. In der Hoffnung, wie im März vorigen Jahres, die Arbeiterschaft die zur Abwehr des gegenrevolutionären Anschlages unter die Waffen getreten ist, und jetzt dauernde Garantien gegen die Wiederkehr solcher Ueberfälle haben will, mit derselben Brutalität niederschlagen zu können. Aber, sie irrt, wenn sie glaubt, dadurch ihre Position aus dem Chaos von heute retten zu können.

## Wer regiert in Deutschland?

Aus der Fülle der Beweise, die bezeugen, daß das politische System der Kapp-Zeit, trotzdem diese formell, dank des entschlossenen Widerstandes der deutschen Arbeiterschaft, vorbei ist, noch jetzt unverändert weiterbesteht, möchten wir noch folgenden skrupellosen Fall hinzufügen:

Es ist bereits festgestellt, daß in der Affäre Kapp-Bülow russische Monarchisten und Reaktionäre nicht die letzte Geige gespielt haben. Daß sie, nach einem gelungenen Sturz der deutschen republikanischen Regierung und Wiedereinführung der Monarchie, mit Hilfe des deutschen Militärs auch die Monarchie in Rußland einführen wollten. Es wäre also nur eine Selbstverständlichkeit, wenn man jetzt diese russischen Reaktionäre hinter Schloß und Riegel setzen würde. Und wie ist es in der Tat? Auf Grund von Denunziationen dieser Monarchisten sind Hunderte von Russen in Berlin als Verdächtige im Bolschewismus verhaftet und interniert worden. So erleben wir also das Trauerpiel, daß in der deutschen Republik auf Befehl russischer monarchistischer Verbrecher Russen, die vom reaktionären Gesichtspunkte aus politisch mißlieblich sind, einfach verhaftet werden.

## Wer regiert also in Deutschland?

### Standrecht überall.

Trotz allen Versprechungen der Regierung, auf sofortige Beseitigung des Standrechts, die sie bei Abbruch des Generalstreiks durch die gewerkschaftlichen Zentralorganisationen und Parteien gemacht, wickeln sich die Militärs im Lande immer weiter damit. Jeder, der ihnen von irgend welchen Denunzianten als sozialistisch oder gar linkssozialistisch gerichtet gemeldet wird, unterliegt der Gefahr, von ihnen von ungesetzmäßigen Standgerichten zum Tode verurteilt und erschossen zu werden. So verfiel am 25. März der Vorsitzende der Ortsgruppe der K. P. D. in Sommerda in Thüringen diesem Schicksal. Er war außerhalb der Stadt gewesen, kam abends mit der Bahn zurück, wurde verhaftet, mußte die Kommode eines Standgerichts über sich ergehen lassen und wurde erschossen. Das Militär im Lande summiert sich den Teufel um irgend welche Regierungsanordnungen, sondern befriedigt in der brutalsten und willkürlichsten Weise seine Mache an der revolutionären Arbeiterschaft, die den nationalsozialistischen Staatsstreich zu Boden schlug.

In Berlin aber sitzen Leute, die immer noch als Arbeitervertreter gelten wollen, mit den Vertretern der bürgerlichen Parteien zusammen und kneten Ministerlisten aus. Die Militärs aber handeln und bringen über das Land den weißen Schrecken unglücklicher Opfer. Die Arbeiterschaft wird diesem Spiel nicht länger ruhig zusehen können.

## Aus dem Reiche

### Die widerrechtlichen Verhaftungen.

Es laufen immer mehr Nachrichten über die willkürlichen Verhaftungen der Soldaten ein. Im Ruhrgebiet wurden in Siegenfeld vier Mitglieder des Aktionsausschusses verhaftet und angeblich nach Oberbayern abtransportiert. In Friedrichshagen wurden ferner verhaftet folgende sozialistische und rechtssozialistische Genossen: Kamm, König, Kahn, Simon, Müller, Koppitz, Dr. Kog, Krog, Hoff, Sabamowski,

Meißner, Thielich, Anger, Wolf und Truffien. Sie wurden abtransportiert, Verbleib unbekannt.

Am Montag wurde in Berlin ein Herr Gustav Gohle wegen Flugblattverbreitung verhaftet und von 30 Bewaffneten in einem Lastauto von der Genster Straße abtransportiert. Verbleib ebenfalls unbekannt.

Am Dienstag Mittag wurden in Bielefeld folgende acht Arbeiter verhaftet: König, Büttner, Herrmann, Marchowski, Erich Wolff, Paul Marzahn, Paul Budras, Abelnholz und Georg Schumacher. Sie wurden zunächst nach Kremen abtransportiert und von dort in einem Lastauto nach einem unbekanntem Ziel weiterbefördert.

In Boffen wurden zwei Delegierte des Senftenberger Aktionsausschusses auf der Heimfahrt von Balthumtruppen verhaftet und angeblich nach Berlin abtransportiert. Ihre Namen sind: Doring und Brauer. Sie waren Mitglieder einer Deputation aus dem Niederlausitzer Kohlenrevier.

Im Bircow-Krankenhaus sind Minenwerfer eingebaut. Ebenso sind im Kochinstitut starke militärische Sicherungen vorgenommen. Das Personal des Bircow-Krankenhauses verlangt die Beseitigung der Minenwerfer und droht mit Arbeitseinstellung.

In Königswusterhausen sollen 150 Genossen inhaftiert sein und ebenfalls mißhandelt worden.

In Eichwalde wurden gestern Donnerstag früh um 5 Uhr die Genossen Alrik, Thiele und Runkel verhaftet. Ihr Verbleib ist unbekannt. Anstelle des nicht auffindbaren Genossen Mähle schleppte man dessen Ehefrau als Geisel mit.

## Provinz.

In einer vom Volksgenrat Jauer einberufenen, überfüllten öffentlichen Versammlung sprach am 28. März Kamerad Hartmann vom N. F. B. Breslau über die Notwendigkeit der Errichtung von Volkswehren. Seine Ausführungen fanden den ungeteilten Beifall seiner Zuhörer, und das Resultat der Versammlung war die Gründung einer 53 Mann starken Ortsgruppe des N. F. B. und der Plan der Gründung einer republikanischen Volkswehr nach Breslauer Muster.

## lokales.

Breslau, den 30. März. Achtung, Distriktsführer! Dienstag, den 30. März, abends 7 Uhr im Partikelal zu einer wichtigen Versammlung! Distrikt 9 und 9a. Dienstag, den 30. März, abends 7 Uhr bei Schulz (früher Heinze) Coulonstr. 1: Außerordentliche gemeinsame Distriktsversammlung. Erscheinen aller Mitglieder erwünscht.

## Vollzugsrat, Pressestelle.

Breslau, den 27. März 1920.

In der heutigen Sitzung des Vollzugsrates wurde allgemein zur Sprache gebracht, daß dem erfolgreichen Arbeiten desselben große Schwierigkeiten bereitet werden. So erregte es großes Befremden und es wurde mit Entrüstung festgestellt, wie das Generalkommando in einem Falle einen schuldigen Offizier seiner gerechten Bestrafung entzogen hat. Der Leutnant Westfal von dem hiesigen Kürassier-Regiment hat während seiner Tätigkeit auf dem Freiburger Bahnhof viele unserer Mitbürger in rohester Weise durchprügeln und mißhandeln lassen.

Das Generalkommando hat nun den Leutnant Westfal zu dem Freikorps Aulock abkommandiert. Da nun dieses Freikorps seine eigene Gerichtsbarkeit hat, so besteht vorläufig keine Möglichkeit für den Vollzugsrat, diesen Mordling seiner gerechten Bestrafung entgegenzuführen.

In einer eingehenden Aussprache wurde das Verhalten des Generalkommandos scharf gemißbilligt und bei dieser Gelegenheit allgemein darauf hingewiesen, daß sich auch von anderen Stellen derartige Widerstände gegen die Betätigung des Vollzugsrates geltend machen.

## Noch 1000 Mark Belohnung.

Von der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiterorganisation „Boale Zion“, Breslau, wird uns geschrieben: Auf der letzten Vorstandssitzung der hiesigen Ortsgruppe der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiterorganisation „Boale Zion“ wurde beschlossen, neben den schon bestehenden 15 000 Mk. noch 1000 Mk. Belohnung für denjenigen, der über das Verbleiben ihres Zentral-Vorstands-Mitgliedes Bernhard Schottlaender auszusagen kann, auszusprechen.

## Der Dant des Vaterlandes ist euch gewiß . . . .

Einen oft recht traurigen Anblick boten die zahlreichen Kriegstrüppel aller Art, die sich im Schließwerder eingefunden hatten, um ihre nur allzu berechtigten wirtschaftlichen Forderungen öffentlich







# Jacken- und Taillekleider, Mäntel, Röcke und Blusen,

in Stoffarten und Formen bekannt erstklassig,  
sind in großer Auswahl vorrätig

## Kostüme

in Se Kammgarn oder Sabardine  
marine, schwarz und mode

1075, 1275, 1650

## Weißer Voile-Kleider

in entzückender Ausführung  
175, 275, 450, 650

# Albert Michaelis

Modernes Spezialhaus für Damen- und Bäckfisch-Bekleidung  
Ring 48 Eigene Mäntelfabrik größten Stils Tel.: Ring 5502

Stadttheater.  
Dienstag 7 Uhr:  
Wenn ich König wär?  
Mittwoch 7 Uhr:  
Der Waffenschmied.

Lobe-Theater.  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
Die Büchse der Pandora

Chaila-Theater.  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
Die selige Exzellenz.

Schauspielhaus.  
Operettenbühne N. A. 2545  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
Drei alte Schwächeln.  
Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
Die Falschungsfee.

Sonntag u. Sonnabend  
7 1/2 Uhr:  
Sa neuer Vorbereitung und  
Ausstattung:  
Gasparene.

Spielplan  
der Operietage.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
Schwarzwaldbüchel.

Sonntag  
nach Dienstag 7 1/2 Uhr:  
Gasparene.

Montag nachm. 3 1/2 Uhr:  
Die Förster-Christel.

Montag 7 1/2 Uhr:  
Die Götterbarone.  
Dienstag nachm. 3 1/2 Uhr:  
Die Kaiserin.

Viktoria-  
Theater  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Der selige  
Baldwin.

LIEBICH-  
Theater  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Das Riesen-  
März-Programm

Zeitgarten  
Täglich 8 Uhr:  
In der Sommerfrisch'n  
Oberbayr. Gebirgsposse  
Der gesunde Kern  
Vollständig mit Gesang  
und Schlußplattentanz.  
Bei der 1. Teil u. 2.  
Vorverkauf von 10-12  
und ab 5 Uhr.

Gesellschaftshaus  
Tannenhof  
Berliner Straße 20.  
Telefon Ohle 479.  
Jeden Dienstag  
und Sonntag:  
Vernehmer  
Tanz!  
Erstklassige  
Wiener Balkmusik.

Zum  
Schneekant  
Jeder Sie in den  
Warenhandel!  
Gabelstr. 4  
Spezialist  
in Maßarbeit

Kranke  
Harnröhren-, Haut- und Ge-  
schlechtskrankheiten behandelt  
mit Erfolg. Viele freiwillige  
Aberkennungen von ausge-  
heilten Patienten.  
Heilkundiger Fr. Joschke,  
Palaststr. 22, II Tel. Ohle 1924.  
9-1. 3-7, Sonntags 9-12.

Uhren  
kauft od. repariert  
Felln, Paradiesstr. 6



**V.G.L.**  
Volks-Garten-Lichtspiele  
48 Michaelisstraße 48  
Straßenbahnlinien 16, 22 und 23.  
Nur bis einschl.  
Donnerstag,  
den 1. April der gewaltige  
Sensations-Film



**OPUM**  
Großes Ausstattungs-Schauspiel  
in 7 Abteilungen von Robert Reinert.  
Hauptdarsteller:  
Hanna Ralph, Friedrich Kühne,  
und Conrad Veidt.  
Anfang täglich 4 Uhr Nachmittag.

**Frauen**  
bedeutungsvoll bei krankhafter  
Periodenstörung  
und Unregelmäßigkeiten  
menschenwürdiger Disposition.  
Sicht freier. Bestverkauf.  
Preis 20. S. - u. 12.  
Sonder empfehle:  
Gummivarren  
für Damen und Herren,  
Spülspritzen, Irrigatorien,  
Eis- u. Messingstäben.  
Patent. Import. geg. 30. Pf. - 20.  
Stm A. Gebauer  
Breiten 6, II.  
Defence Straße 1, II.  
Tele. Ohle 1924 - Str. 36.

38 Heilbassin. 36  
Nur bis Donnerstag  
**Harry Piel**  
der große Abenteuerer  
in  
**Ueber  
den Wolken**

3 Akte.  
Prezenteil:  
Bei sieben verwe-  
gen, waghalsigen  
mit türkischen, Arab-  
gefahren verbundenen  
Sensationen, ruft  
Harry Piel  
direkt in die Augen  
gen hinein.  
Ferner:  
**Schieberchen  
& Co.**  
3 Akte.  
Paul Kellner  
Toller Humor!

Die neue  
Stener  
auf Zigaretten  
und Zigaretten  
1. April in Kraft.  
Bei 12 Pf.  
noch vorhanden.  
Zigaretten  
zu 12 Pf.  
noch vorhanden.

Zigaretten  
Bischofstraße 12  
neben Eisig den Ungen.

Achtung! Wo?  
kauft man neue und geist-  
liche vorzügliche Ein-  
richtungen am billigsten  
und vorzüglichsten?  
Bei H. Kluge,  
Reuzmarkt 12, nur I. Etg.

Sarrasani  
Täglich 7 1/2 Uhr, Mittwoch  
auch 3 Uhr  
**Sirbhanga**  
Vorverkauf für die Oster-  
feiertage ist eröffnet.

Jupiter  
Lichtspiele  
Westendstraße 50 52  
Ab Die- sing, 30. März:  
Der große  
Ellen Richter-Film  
Das Teehaus  
zu den  
10 Lotosblumen.  
Spannender Liebes-  
Roman eines japan.  
Freudenmädchens  
(Geisha) in 4 gr. Akten.  
Ferner:  
3 lustige Akte.

Jugendtheater.  
Dienstag, Mittwoch, Donner-  
stag  
**Lügenmännchen.**

LUNA-  
Lichtspiele  
Taschenstraße 20.  
Nur bis Donnerstag  
Das grösste sportl. Ereignis  
**Boxkampf  
Jeffries-  
Johnson**  
um die  
Welt-  
meisterschaft  
5 große Akte voll un-  
erhörter Spannung u.  
der übrige Spielplan

Strohüte E. Karwat  
prima Gellechte  
Fische, schicke Formen  
gareiert u. ungarisiert.  
Umpressen  
Modernisieren.

ZEPTE-  
KINO  
Klosterstr. 47  
Täglich ab 3 Uhr  
**Mia Mai** 56  
Die Herrin  
der Welt  
3. Teil  
Der Rabbigreis von  
Kuan-Fu. 6 Akte  
oder  
Die Gespenster-  
glocke  
Ferner:  
Der Mann im Koffer  
100 Szenen.

Eden  
Theater  
Lichtspiele  
in höchster Vollendung  
Nikolaistrasse 27.  
Heute  
**Halbe  
Unschuld**  
Nach dem bekannten  
in über 10 Millionen  
erschienenen Roman  
von  
Marcel Prévost.  
Hand . . . Erika  
Glabner  
Dazu der übrige  
Spielplan.

Gummivarren  
Leitbinden, Monatsbinden,  
Spülspritzen, Suspensorien,  
Dauerwädicke  
H. Kluge,  
Breiten 1, Nikolaistr. 79.  
8. Zug vom Ring.

Schöne helle  
Schlafzimmer  
Bestehend:  
1 Schrank, 1 Wasch-  
kommode mit Platte  
und Spiegel, 2 Bett-  
stellen mit Patent-  
auflegematratzen und  
Kissen, 2 Nach-  
tische mit Platte  
**Max Giesel**  
Brüderstr. 23.  
Soeben erschien Katalog 43  
**Mai-Feier  
1920**  
Festabzeichen a. Metall, Hand  
u. Papier, Dekorationsartikel,  
Prolog, Theaterstück, Sing- u.  
Rich. Lipinski, Königsplatz 12

Chelente  
verlangt kostenl. Prospekt u.  
Paul Matthes, Kantstr. 15

EMU  
MORGEN 12 UHR  
WILHELM BURGEL & CO

MODE HAUS  
FÜR  
HERREN UND KNABEN  
Schweidnitzer Strasse 9



Am Eröffnungstage nur Besichtigung